

Beschlußempfehlung und Bericht **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)**

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 13/8199, 13/8803 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags **zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1997** **(Nachtragshaushaltsgesetz 1997)**

Der Bundestag wolle beschließen,

- den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1997 (Nachtragshaushaltsgesetz 1997)

sowie

- den Entwurf des Nachtrags zum Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 1997

mit den aus anliegender Zusammenstellung ersichtlichen Änderungen und den sich daraus ergebenden Änderungen der Abschlußsummen, im übrigen unverändert nach der Vorlage in Drucksache 13/8199, anzunehmen.

Bonn, den 13. November 1997

Der Haushaltsausschuß

Helmut Wiczorek (Duisburg)
Vorsitzender

Adolf Roth (Gießen)
Berichterstatter

Kristin Heyne
Berichterstatterin

Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Berichterstatter

Dietrich Austermann
Berichterstatter

Karl Diller
Berichterstatter

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags
zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1997
(Nachtragshaushaltsgesetz 1997)
– Drucksachen 13/8199, 13/8803 –
mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)

Entwurf

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung eines Nachtrags
zum Bundeshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 1997
(Nachtragshaushaltsgesetz 1997)**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Haushaltsgesetz 1997 vom 20. Dezember 1996 (BGBl. I S. 2033) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird die Zahl „439 900 000 000“ durch die Zahl „458 613 000 000“ ersetzt.
2. In § 2 Abs. 1 wird die Zahl „53 300 000 000“ durch die Zahl „71 180 000 000“ ersetzt.

Artikel 2

Der Bundeshaushaltsplan 1997 wird mit der Maßgabe des diesem Gesetz als Anlage beigefügten Nachtrags geändert.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1997 in Kraft.

Beschlüsse des 8. Ausschusses

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung eines Nachtrags
zum Bundeshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 1997
(Nachtragshaushaltsgesetz 1997)**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Haushaltsgesetz 1997 vom 20. Dezember 1996 (BGBl. I S. 2033) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird die Zahl „439 900 000 000“ durch die Zahl „444 835 000 000“ ersetzt.
2. In § 2 Abs. 1 wird die Zahl „53 300 000 000“ durch die Zahl „70 850 000 000“ ersetzt.

Artikel 2

Die Zuführung aus dem Bundeshaushalt nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 des Erblastentilgungsfondsgesetzes vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 984), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. März 1997 (BGBl. I S. 434, 435), wird im Jahr 1997 um 6 000 000 000 Deutsche Mark herabgesetzt.

Artikel 3

unverändert

Artikel 4

unverändert

Zusammenstellung der ergänzenden Beschlüsse

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben
sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 DM

Kap. 05 02 Allgemeine Bewilligungen

Tit. 686 30	Beitrag an die Vereinten Nationen	429 908	Tit. 686 30	Beitrag an die Vereinten Nationen	413 908
-------------	-----------------------------------	---------	-------------	-----------------------------------	---------

Kap. 05 03 Vertretungen des Bundes im Ausland

Tit. 517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	30 800	Tit. 517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	30 300
Tit. 518 01	Mieten und Pachten	55 300	Tit. 518 01	Mieten und Pachten	53 800

Kap. 08 02 Allgemeine Bewilligungen

Tit. 121 02	Gewinne aus Beteiligungen	14 027	Tit. 121 02	Gewinne aus Beteiligungen	164 027
-------------	---------------------------	--------	-------------	---------------------------	---------

Kap. 09 02 Allgemeine Bewilligungen

Tgr. 01	Maßnahmen zugunsten des Steinkohlenbergbaus		Tgr. 01	Maßnahmen zugunsten des Steinkohlenbergbaus	
Tit. 629 61	Zahlungen an das Sondervermögen „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ für Zinsen auf Verbindlichkeiten des Sondervermögens	200 000	Tit. 629 61	Zahlungen an das Sondervermögen „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ für Zinsen auf Verbindlichkeiten des Sondervermögens	100 000
Su. Tgr. 01		(9 071 236)	Su. Tgr. 01		(8 971 236)

Kap. 09 08 Bundeskartellamt

Tit. 112 01	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	15 000	Tit. 112 01	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	255 000
-------------	---	--------	-------------	---	---------

Kap. 11 11 Kriegsofferfürsorge

Tit. 642 01	Kriegsofferfürsorgeleistungen	1 438 300	Tit. 642 01	Kriegsofferfürsorgeleistungen	938 300
-------------	-------------------------------	-----------	-------------	-------------------------------	---------

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben
sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 DM

Kap. 11 12 Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und gleichartige Leistungen

Tit. 893 01	Erstattung der Kosten für Maßnahmen nach § 249 h und § 242 s AFG	2 000 000	Tit. 893 01	Erstattung der Kosten für Maßnahmen nach § 249 h und § 242 s AFG	1 000 000
Tgr. 01	Eingliederungsleistungen für Spätaussiedler		Tgr. 01	Eingliederungsleistungen für Spätaussiedler	
Tit. 681 11	Eingliederungshilfe für Spätaussiedler	1 120 000	Tit. 681 11	Eingliederungshilfe für Spätaussiedler	920 000
	Su. Tgr: 01	(1 500 000)		Su. Tgr: 01	(1 300 000)
Tgr. 03	Zuschuß und Betriebsmitteldarlehen an die Bundesanstalt für Arbeit		Tgr. 03	Zuschuß und Betriebsmitteldarlehen an die Bundesanstalt für Arbeit	
Tit. 616 31	Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit	15 100 000	Tit. 616 31	Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit	12 000 000
	Su. Tgr: 03	(15 100 000)		Su. Tgr: 03	(12 000 000)

Kap. 11 13 Sozialversicherung

Tit. 882 01	Finanzhilfen des Bundes zur Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen an die neuen Länder (einschl. Berlin)		Tit. 882 01	Finanzhilfen des Bundes zur Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen an die neuen Länder (einschl. Berlin)	110 000
-------------	--	--	-------------	--	---------

Kap. 13 05 Bundesamt für Post und Telekommunikation

Tit. 111 01	Gebühren, sonstige Entgelte	1 300 000	Tit. 111 01	Gebühren, sonstige Entgelte	267 000
-------------	-----------------------------	-----------	-------------	-----------------------------	---------

Kap. 16 07 Bundesamt für Strahlenschutz

Tit. 111 02	Vorausleistungen der künftigen Benutzer von Endlagern für radioaktive Abfälle	474 229	Tit. 111 02	Vorausleistungen der künftigen Benutzer von Endlagern für radioaktive Abfälle	84 229
Tgr. 03	Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle		Tgr. 03	Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle	
Tit. 712 32	Errichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (Konrad)	205 014	Tit. 712 32	Errichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (Konrad)	75 014
Tit. 712 33	Errichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (Gorleben)	197 525	Tit. 712 33	Errichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (Gorleben)	147 525
Tit. 712 34	Ausbau des Endlagers Morsleben	82 778	Tit. 712 34	Ausbau des Endlagers Morsleben	62 778
	Su. Tgr: 03	(548 185)		Su. Tgr: 03	(348 185)

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben
sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 DM

Kap. 17 02 Allgemeine Bewilligungen

Tit. 686 06 Beiträge der Bundesrepublik Deutschland an die Internationale Organisation für Wanderung (IOM)

Tit. 686 06 Beiträge der Bundesrepublik Deutschland an die Internationale Organisation für Wanderung (IOM)

1. Die Ausgaben sind übertragbar.

Kap. 17 04 Bundesamt für den Zivildienst

Tgr. 03 Ausgaben für Zivildienstleistende

Tit. 423 38 Versicherungsbeiträge für Dienstleistende 1 230 000

Su. Tgr: 03 (2 268 084)

Tgr. 03 Ausgaben für Zivildienstleistende

Tit. 423 38 Versicherungsbeiträge für Dienstleistende 1 228 500

Su. Tgr: 03 (2 266 584)

Tgr. 04 Kosten der Zivildienstschaften, der Aus- und Fortbildung der Dienstleistenden sowie Maßnahmen zur Beschaffung und Sicherung von Dienstplätzen

Tgr. 04 Kosten der Zivildienstschaften, der Aus- und Fortbildung der Dienstleistenden sowie Maßnahmen zur Beschaffung und Sicherung von Dienstplätzen

Tit. 518 41 Mieten und Pachten 131

Tit. 518 41 Mieten und Pachten 503

Tit. 671 41 Kosten der Durchführung von Einführungslehrgängen 67 500

Tit. 671 41 Kosten der Durchführung von Einführungslehrgängen 65 500

Tit. 671 42 Zuschüsse an Beschäftigungsstellen zur Entlastung vom Aufwand für Unterkunft, Verpflegung und Arbeitskleidung der Dienstleistenden 27 500

Die Ausgaben sind übertragbar.

Tit. 671 42 Zuschüsse an Beschäftigungsstellen zur Entlastung vom Aufwand für Unterkunft, Verpflegung und Arbeitskleidung der Dienstleistenden 30 000

Die Ausgaben sind übertragbar.

Tit. 684 41 Zuschüsse an Beschäftigungsstellen in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin (Ost) für die Anmietung von Dienstunterkünften für Zivildienstleistende 1 000

Tit. 684 41 Zuschüsse an Beschäftigungsstellen in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin (Ost) für die Anmietung von Dienstunterkünften für Zivildienstleistende 500

Tit. 711 41 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten 30

Tit. 711 41 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten 258

Tit. 821 41 Ankauf von bebauten Grundstücken 900

Su. Tgr: 04 (124 464)

Su. Tgr: 04 (125 964)

Kap. 17 10 Gesetzliche Leistungen für die Familie

Tit. 681 01 Erziehungsgeld 7 000 000

Tit. 681 01 Erziehungsgeld 7 110 000

Tgr. 01 Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz

Tgr. 01 Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz

Tit. 681 15 Kindergeld für Berechtigte, die das Kindergeld von der Bundesanstalt für Arbeit – Kindergeldkasse – erhalten 7 900

Tit. 681 15 Kindergeld für Berechtigte, die das Kindergeld von der Bundesanstalt für Arbeit – Kindergeldkasse – erhalten 0

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben
sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 DM

(noch Kap. 17 10)

Tit. 681 16	Kindergeldzuschlag für Berechtigte, die das Kindergeld von der Bundesanstalt für Arbeit – Kindergeldkasse – erhalten	264 000	Tit. 681 16	Kindergeldzuschlag für Berechtigte, die das Kindergeld von der Bundesanstalt für Arbeit – Kindergeldkasse – erhalten	161 900
Su. Tgr: 01		(427 000)	Su. Tgr: 01		(317 000)

Kap. 25 01 Bundesministerium

Tit. 119 99	Vermischte Einnahmen	7 000	Tit. 119 99	Vermischte Einnahmen	77 000
-------------	----------------------	-------	-------------	----------------------	--------

Kap. 25 02 Allgemeine Bewilligungen einschließlich Verwendung zweckgebundener Einnahmen für den sozialen Wohnungsbau

Tgr. 01	Rückflüsse aus Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues und aus Reichsbaudarlehen (soweit sie nicht in der Titelgruppe 03 veranschlagt sind)		Tgr. 01	Rückflüsse aus Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues und aus Reichsbaudarlehen (soweit sie nicht in der Titelgruppe 03 veranschlagt sind)	
Tit. 152 12	Zinseinnahmen von Ländern	230 000	Tit. 152 12	Zinseinnahmen von Ländern	330 000
Tit. 172 12	Tilgungsbeträge von Ländern	710 000	Tit. 172 12	Tilgungsbeträge von Ländern	810 000
Tit. 181 13	Tilgungsbeträge von der Kreditanstalt für Wiederaufbau aus Aufwendungsdarlehen (Regionalprogramm)	270 000	Tit. 181 13	Tilgungsbeträge von der Kreditanstalt für Wiederaufbau aus Aufwendungsdarlehen (Regionalprogramm)	400 000
Su. Tgr: 01		(1 382 353)	Su. Tgr: 01		(1 712 353)
Tgr. 03	Rückflüsse aus Darlehen des Bundes für den Bau von Wohnungen für den in den Erläuterungen genannten Personenkreis		Tgr. 03	Rückflüsse aus Darlehen des Bundes für den Bau von Wohnungen für den in den Erläuterungen genannten Personenkreis	
Tit. 182 34	Tilgungsbeträge	163 000	Tit. 182 34	Tilgungsbeträge	263 000
Su. Tgr: 03		(213 000)	Su. Tgr: 03		(313 000)
Tit. 642 01	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	3 500 000	Tit. 642 01	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	3 600 000
Tit. 893 01	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz	270 000	Tit. 893 01	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz	450 000

Kap. 32 01 Kreditaufnahme

Tit. 325 11	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	71 180 000	Tit. 325 11	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	70 850 000
-------------	--	------------	-------------	--	------------

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben
sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 DM

Kap. 32 05 Verzinsung

Tit. 162 11	Zinseinnahmen aus Beständen von Bundesanleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzanweisungen	1 350 480	Tit. 162 11	Zinseinnahmen aus Beständen von Bundesanleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzanweisungen	1 041 480
Tit. 575 01	Zinsen für Bundesanleihen	30 091 229	Tit. 575 01	Zinsen für Bundesanleihen	29 841 229

Kap. 32 08 Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen

Tit. 111 02	Einnahmen aus Gewährleistungsmaßnahmen und aus Umschuldungen	4 100 000	Tit. 111 02	Einnahmen aus Gewährleistungsmaßnahmen und aus Umschuldungen	4 900 000
Tit. 870 01	Bedingungsgemäße Entschädigung aus Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, Zahlungen zur Abwendung oder Minderung von Schäden, Kosten der Gewährleistungen und Umschuldungen	5 100 000	Tit. 870 01	Bedingungsgemäße Entschädigung aus Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, Zahlungen zur Abwendung oder Minderung von Schäden, Kosten der Gewährleistungen und Umschuldungen	5 600 000

Kap. 32 09 Erstattung von Schuldendienstleistungen

Tit. 629 21	Zuführungen an den Erblastentilgungsfonds für die Zahlung seiner Zins- und Tilgungsverpflichtungen	25 750 000	Tit. 629 21	Zuführungen an den Erblastentilgungsfonds für die Zahlung seiner Zins- und Tilgungsverpflichtungen	19 750 000
-------------	--	------------	-------------	--	------------

Kap. 60 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Tit. 011 01	Lohnsteuer	107 272 000	Tit. 011 01	Lohnsteuer	106 420 000
Tit. 012 01	Veranlagte Einkommensteuer	4 565 000	Tit. 012 01	Veranlagte Einkommensteuer	1 870 000
Tit. 013 01	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlag)	7 275 000	Tit. 013 01	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlag)	7 475 000
Tit. 014 01	Körperschaftsteuer	16 700 000	Tit. 014 01	Körperschaftsteuer	15 800 000
Tit. 015 01	Umsatzsteuer	82 935 000	Tit. 015 01	Umsatzsteuer	81 132 000
Tit. 016 01	Einfuhrumsatzsteuer	18 887 000	Tit. 016 01	Einfuhrumsatzsteuer	20 276 000
Tit. 016 02	Zuweisungen an Länder gemäß § 11 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	-25 123 000	Tit. 016 02	Zuweisungen an Länder gemäß § 11 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	-25 198 000
Tit. 017 01	Gewerbesteuerumlage	2 422 000	Tit. 017 01	Gewerbesteuerumlage	2 190 000
Tit. 018 01	Zinsabschlag	5 139 000	Tit. 018 01	Zinsabschlag	4 987 000
Tit. 019 01	Zuweisungen an die Europäische Union nach BSP-Schlüssel	-14 800 000	Tit. 019 01	Zuweisungen an die Europäische Union nach BSP-Schlüssel	-14 600 000
Tit. 024 01	Versicherungsteuer	14 500 000	Tit. 024 01	Versicherungsteuer	14 200 000

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben
sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 DM

(noch Kap. 60 01)

Tit. 027 01	Tabaksteuer	20 900 000	Tit. 027 01	Tabaksteuer	20 950 000
Tit. 033 01	Branntweinsteuer	4 800 000	Tit. 033 01	Branntweinsteuer	4 700 000
Tit. 034 01	Schaumweinsteuer	1 050 000	Tit. 034 01	Schaumweinsteuer	1 070 000
Tit. 041 01	Mineralölsteuer (aus dem Verbrauch von Heizöl und anderen Heizstoffen als gasförmigen Kohlenwasserstoffen)	3 550 000	Tit. 041 01	Mineralölsteuer (aus dem Verbrauch von Heizöl und anderen Heizstoffen als gasförmigen Kohlenwasserstoffen)	3 570 000
Tit. 041 02	Mineralölsteuer (sonstiges Aufkommen, ohne das in den Titeln 041 01 und 041 03 erfaßte Aufkommen)	59 160 000	Tit. 041 02	Mineralölsteuer (sonstiges Aufkommen, ohne das in den Titeln 041 01 und 041 03 erfaßte Aufkommen)	59 100 000
Tit. 041 03	Mineralölsteuer (aus dem Verbrauch von Erdgas, Flüssiggas und anderen gasförmigen Kohlenwasserstoffen zum Verheizen)	3 390 000	Tit. 041 03	Mineralölsteuer (aus dem Verbrauch von Erdgas, Flüssiggas und anderen gasförmigen Kohlenwasserstoffen zum Verheizen)	3 330 000
Tit. 044 01	Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer	26 838 000	Tit. 044 01	Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer	25 712 000

Kap. 60 02 Allgemeine Bewilligungen

Tit. 133 01	Einnahmen aus der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes und aus der Liquidation von Bundesunternehmen	12 700 000	Tit. 133 01	Einnahmen aus der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes und aus der Liquidation von Bundesunternehmen	5 370 000
Tit. 972 04	Globale Minderausgabe	-2 000 000	Tit. 972 04	Globale Minderausgabe	-5 100 000

Kap. 60 03 Leistungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit

Tit. 119 99	Vermischte Einnahmen	80 000	Tit. 119 99	Vermischte Einnahmen	230 000
Tit. 625 01	Zinszuschüsse an das ERP-Sondervermögen für die Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen in den neuen Ländern (einschl. ehemaliges Ost-Berlin)	433 000	Tit. 625 01	Zinszuschüsse an das ERP-Sondervermögen für die Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen in den neuen Ländern (einschl. ehemaliges Ost-Berlin)	233 000

Kap. 60 06 Europäische Union (EU), Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und Europäische Banken

Tit. 276 01	Erhebungskostenpauschale	720 000	Tit. 276 01	Erhebungskostenpauschale	770 000
-------------	--------------------------	---------	-------------	--------------------------	---------

Nachtrag
zum
Gesamtplan
des Bundeshaushalts
1997

**Teil I: Haushaltsübersicht
mit Anlage Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen**

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Nachtrag zum Haushalt 1997
Teil I
Ergebnis der Beratungen
im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages
Gesamtübersicht

	– Mio. DM –
I. Ausgaben	
Bisheriges Soll 1997	439 900
Steigerung –3,4 v. H. *)	
Nachtrag	+ 4 935
Neues Soll 1997	444 835
Steigerung –2,4 v. H. *)	
– RegE Nachtrag	458 613
– Ergebnis Haushaltsausschuß	– 13 778
Investitionen	
– Bisheriges Soll 1997	59 624
– Nachtrag	– 944
– Neues Soll 1997	58 680
II. Einnahmen	
1. Steuereinnahmen	
Bisheriges Soll 1997	345 737
Nachtrag	– 15 533
Neues Soll 1997	330 204
2. Sonstige Einnahmen	
Bisheriges Soll 1997	40 863
Nachtrag	+ 2 918
Neues Soll 1997	43 781
3. Nettokreditaufnahme	
Bisheriges Soll 1997	53 300
Nachtrag	+ 17 550
Neues Soll 1997	70 850
– RegE Nachtrag	71 180
– Ergebnis Haushaltsausschuß	– 330

*) Gegenüber Ist 1996.

**Finanzielle Ergebnisse der Beratungen des Nachtrags 1997
im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages
Einnahmen**

Epl. Ressort	Bisheriges Soll 1997	Nachtrag Regierungs- entwurf	Ergebnis Haushaltsausschuß			Neues Soll 1997
			Erhöhun- gen	Herab- setzungen	Mehr (+) Weniger (-) (Saldo)	
	in Tausend DM					
1	2	3	4	5	6	7
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	52	-	-	-	-	52
02 Deutscher Bundestag	2 773	-	-	-	-	2 773
03 Bundesrat	74	-	-	-	-	74
04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	947	-	-	-	-	947
05 Auswärtiges Amt	104 707	-	-	-	-	104 707
06 BM des Innern	349 224	-	-	-	-	349 224
07 BM der Justiz	374 388	-	-	-	-	374 388
08 BM der Finanzen	8 201 359	-	150 000	- +	150 000	8 351 359
09 BM für Wirtschaft	287 485	+ 400 000	240 000	- +	240 000	927 485
10 BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	371 566	-	-	-	-	371 566
11 BM für Arbeit und Sozialordnung ...	2 155 890	+ 40 000	-	-	-	2 195 890
12 BM für Verkehr	2 206 840	-	-	-	-	2 206 840
13 BM für Post und Telekommunikation	2 610 407	- 500 000	-	1 033 000	- 1 033 000	1 077 407
14 BM der Verteidigung	640 947	-	-	-	-	640 947
15 BM für Gesundheit	66 828	-	-	-	-	66 828
16 BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	564 535	-	-	190 000	- 190 000	374 535
17 BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	170 532	-	-	-	-	170 532
19 Bundesverfassungsgericht	116	-	-	-	-	116
20 Bundesrechnungshof	255	-	-	-	-	255
23 BM für wirtschaftliche Zusammen- arbeit und Entwicklung	1 701 043	-	-	-	-	1 701 043
25 BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	1 897 092	-	500 000	- +	500 000	2 397 092
30 BM für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	759 223	-	-	-	-	759 223
32 Bundesschuld	57 754 793	+19 080 000	800 000	639 000	+ 161 000	76 995 793
33 Versorgung	1 342 800	-	-	-	-	1 342 800
60 Allgemeine Finanzverwaltung	358 336 124	- 307 000	2 079 000	15 685 000	-13 606 000	344 423 124
Summe	439 900 000	+18 713 000	3 769 000	17 547 000	-13 778 000	444 835 000

**Finanzielle Ergebnisse der Beratungen des Nachtrags 1997
im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages
Ausgaben**

Epl. Ressort	Bisheriges Soll 1997	Nachtrag Regierungs- entwurf	Ergebnis Haushaltsausschuß			Neues Soll 1997
			Erhöhungen	Herab- setzungen	Mehr (+) Weniger (-) (Saldo)	
1	2	3	4	5	6	7
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	31 751	-	-	-	-	31 751
02 Deutscher Bundestag	905 703	-	-	-	-	905 703
03 Bundesrat	26 359	-	-	-	-	26 359
04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	547 806	-	-	-	-	547 806
05 Auswärtiges Amt	3 551 288	+ 50 000	-	18 000	- 18 000	3 583 288
06 BM des Innern	8 629 172	-	-	-	-	8 629 172
07 BM der Justiz	706 243	-	-	-	-	706 243
08 BM der Finanzen	7 905 755	-	-	-	-	7 905 755
09 BM für Wirtschaft	16 607 381	-	-	100 000	- 100 000	16 507 381
10 BM für Ernährung, Land- wirtschaft und Forsten	11 795 268	-	-	-	-	11 795 268
11 BM für Arbeit und Sozialordnung ...	127 793 557	+21 271 000	110 000	4 800 000	- 4 690 000	144 374 557
12 BM für Verkehr	44 572 841	- 500 000	-	-	-	44 072 841
13 BM für Post und Telekommunikation	344 020	-	-	-	-	344 020
14 BM der Verteidigung	46 290 307	-	-	-	-	46 290 307
15 BM für Gesundheit	725 576	-	-	-	-	725 576
16 BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	1 285 132	-	-	200 000	- 200 000	1 085 132
17 BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11 696 733	+ 292 000	114 000	114 000	-	11 988 733
19 Bundesverfassungsgericht	29 513	-	-	-	-	29 513
20 Bundesrechnungshof	77 186	-	-	-	-	77 186
23 BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ..	7 650 979	-	-	-	-	7 650 979
25 BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	10 490 789	+ 200 000	280 000	-	+ 280 000	10 970 789
30 BM für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	14 818 458	-	-	-	-	14 818 458
32 Bundesschuld	86 022 832	- 600 000	500 000	6 250 000	- 5 750 000	79 672 832
33 Versorgung	15 859 896	-	-	-	-	15 859 896
60 Allgemeine Finanzverwaltung	21 535 455	- 2 000 000	-	3 300 000	- 3 300 000	16 235 455
Summe	439 900 000	+18 713 000	1 004 000	14 782 000	-13 778 000	444 835 000

**Finanzielle Ergebnisse der Beratungen des Nachtrags 1997
im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages
Verpflichtungsermächtigungen**

Epl. Ressort	Bisheriges Soll 1997	Nachtrag Regierungs- entwurf	Ergebnis Haushaltsausschuß			Neues Soll 1997
			Erhöhungen	Herab- setzungen	Mehr (+) Weniger (-) (Saldo)	
in Tausend DM						
1	2	3	4	5	6	7
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	3 670	-	-	-	-	3 670
02 Deutscher Bundestag	54 317	-	-	-	-	54 317
04 Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	17 635	-	-	-	-	17 635
05 Auswärtiges Amt	278 709	-	-	-	-	278 709
06 BM des Innern	1 142 918	-	-	-	-	1 142 918
07 BM der Justiz	129 442	-	-	-	-	129 442
08 BM der Finanzen	1 746 472	-	-	-	-	1 746 472
09 BM für Wirtschaft	4 838 679	-	-	-	-	4 838 679
10 BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 851 588	-	-	-	-	1 851 588
11 BM für Arbeit und Sozialordnung ...	1 855 945	-	-	-	-	1 855 945
12 BM für Verkehr	46 270 401	-	-	-	-	46 270 401
13 BM für Post und Telekommunikation	58 300	-	-	-	-	58 300
14 BM der Verteidigung	12 057 860	-	-	-	-	12 057 860
15 BM für Gesundheit	151 061	-	-	-	-	151 061
16 BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	311 545	-	-	-	-	311 545
17 BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	385 000	-5 500	-	-	-	379 500
19 Bundesverfassungsgericht	350	-	-	-	-	350
20 Bundesrechnungshof	-	-	-	-	-	-
23 BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ..	5 639 189	-	-	-	-	5 639 189
25 BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	5 201 231	-	-	-	-	5 201 231
30 BM für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	5 399 663	-	-	-	-	5 399 663
32 Bundesschuld	10 875	-	-	-	-	10 875
60 Allgemeine Finanzverwaltung	794 800	-	-	-	-	794 800
Summe	88 199 650	-5 500	-	-	-	88 194 150

**Erläuterung der wesentlichen Veränderungen
gegenüber dem bisherigen Soll 1997**

– Beträge in Mio. DM –

Einnahmen

(Veränderungen von mehr als 10 Mio. DM)			Veränderung
EP	KP Titel	Zweckbestimmung	Einnahmen
08	02 121 02	Gewinne aus Beteiligungen	+ 150
		Sonstiges	+ 0
		Summe Epl. 08	+ 150
09 09	02 132 09 08 112 01	Einnahmen aus der Veräußerung der Bundesrohölreserve	+ 400
		Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	+ 240
		Sonstiges	+ 0
		Summe Epl. 09	+ 640
11	02 242 01	Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken für die Beförderung von Schwerbehinderten	+ 40
		Sonstiges	+ 0
		Summe Epl. 11	+ 40
13	05 111 01	Gebühren, sonstige Entgelte	– 1 533
		Sonstiges	+ 0
		Summe Epl. 13	– 1 533
16	07 111 02	Vorausleistungen der künftigen Benutzer von Endlagern für radio- aktive Abfälle	– 190
		Sonstiges	+ 0
		Summe Epl. 16	– 190
25	01 119 99	Vermischte Einnahmen	+ 70
25	02 152 12	Zinseinnahmen von Ländern	+ 100
25	02 172 12	Tilgungsbeträge von Ländern	+ 100
25	02 181 13	Tilgungsbeträge von der Kreditanstalt für Wiederaufbau aus Aufwen- dungsdarlehen (Regionalprogramm)	+ 130
25	02 182 34	Tilgungsbeträge	+ 100
		Sonstiges	+ 0
		Summe Epl. 25	+ 500
32	01 325 11	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	+17 550
32	05 162 11	Zinseinnahmen aus Beständen von Bundesanleihen, Bundesobligatio- nen und Bundesschatzanweisungen	– 309
32	08 111 02	Einnahmen aus Gewährleistungsmaßnahmen und aus Umschuldungen	+ 2 000
		Sonstiges	+ 0
		Summe Epl. 32	+19 241

(Veränderungen von mehr als 10 Mio. DM)			Veränderung
EP	KP Titel	Zweckbestimmung	Einnahmen
60	01 011 01	Lohnsteuer	– 2 890
60	01 012 01	Veranlagte Einkommensteuer	– 5 185
60	01 013 01	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlag)	+ 300
60	01 014 01	Körperschaftsteuer	– 2 250
60	01 015 01	Umsatzsteuer	– 2 373
60	01 016 01	Einfuhrumsatzsteuer	+ 1 061
60	01 016 02	Zuweisungen an Länder gemäß § 11 des Gesetzes über den Finanz- ausgleich zwischen Bund und Ländern	– 239
60	01 017 01	Gewerbesteuerumlage	– 314
60	01 018 01	Zinsabschlag	– 500
60	01 019 01	Zuweisungen an die Europäische Union nach BSP-Schlüssel	+ 700
60	01 024 01	Versicherungsteuer	– 500
60	01 027 01	Tabaksteuer	+ 350
60	01 028 01	Kaffeesteuer	+ 100
60	01 033 01	Branntweinsteuer	– 50
60	01 034 01	Schaumweinsteuer	– 30
60	01 041 01	Mineralölsteuer (aus dem Verbrauch von Heizöl und anderen Heiz- stoffen als gasförmigen Kohlenwasserstoffen)	+ 210
60	01 041 02	Mineralölsteuer (sonstiges Aufkommen, ohne das in den Titeln 041 01 und 041 03 erfaßte Aufkommen)	– 240
60	01 041 03	Mineralölsteuer (aus dem Verbrauch von Erdgas, Flüssiggas und ande- ren gasförmigen Kohlenwasserstoffen zum Verheizen)	+ 30
60	01 044 01	Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer	– 2 879
60	01 019 13	Jahressteuergesetz 1997	– 602
60	01 019 14	Unternehmensteuerreform	+ 78
60	01 019 15	Ergänzende Verwaltungsregelung zum Jahressteuergesetz 1997	– 310
60	02 133 01	Einnahmen aus der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes und aus der Liquidation von Bundesunternehmen	+ 1 470
60	03 119 99	Vermischte Einnahmen	+ 150
		Sonstiges	+ 0
		Summe Epl. 60	–13 913

Erläuterung der wesentlichen Veränderungen gegenüber dem bisherigen Soll 1997

– Beträge in Mio. DM –

Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

(Veränderungen von mehr als 10 Mio. DM)			Veränderung	
EP	KP Titel	Zweckbestimmung	Ausgaben	Verpflichtungs- ermächtigung
05	03 422 01	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	+ 14	
		Sonstiges	+ 18	+0
		Summe Epl. 05	+ 32	+0
09	02 629 61	Zahlungen an das Sondervermögen „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“ für Zinsen auf Verbindlichkeiten des Sondervermögens	– 100	
		Sonstiges	+ 0	+0
		Summe Epl. 09	– 100	+0
11	02 682 01	Erstattung von Fahrgeldausfällen	+ 271	
11	11 642 01	Kriegsopferfürsorgeleistungen	– 500	
11	12 681 01	Arbeitslosenhilfe	+10 000	
11	12 893 01	Erstattung der Kosten für Maßnahmen nach § 249h und § 242s AFG	– 1 000	
11	12 681 11	Eingliederungshilfe für Spätaussiedler	– 200	
11	12 616 31	Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit	+ 7 900	
11	13 882 01	Finanzhilfen des Bundes zur Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen an die neuen Länder (einschl. Berlin)	+ 110	
		Sonstiges	+ 0	+0
		Summe Epl. 11	+16 581	+0
12	22 861 01	Darlehen für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	– 500	
		Sonstiges	+ 0	+0
		Summe Epl. 12	– 500	+0
16	07 712 32	Errichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (Konrad)	– 130	
16	07 712 33	Errichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (Gorleben)	– 50	
16	07 712 34	Ausbau des Endlagers Morsleben	– 20	
		Sonstiges	+ 0	+0
		Summe Epl. 16	– 200	+0
17	04 681 23	Sonderleistungen	+ 34	
17	04 423 37	Sold, Zulagen und Zuwendungen für Dienstleistende	+ 61	
17	04 423 38	Versicherungsbeiträge für Dienstleistende	+ 173	
17	04 423 39	Entlassungsgeld für die nach Ableistung des Zivildienstes zu entlassenden Dienstleistenden	+ 12	
17	04 439 31	Überbrückungsbeihilfen gemäß § 51 b Zivildienstgesetz ...	– 15	

(Veränderungen von mehr als 10 Mio. DM)			Veränderung	
EP	KP Titel	Zweckbestimmung	Ausgaben	Verpflichtungs- ermächtigung
17	04 443 34	Kosten der Heilfürsorge, der ärztlichen Einstellungs-, Entlassungs- und Nachuntersuchungen	+ 13	
17	04 671 41	Kosten der Durchführung von Einführungslehrgängen	- 2	
17	04 671 42	Zuschüsse an Beschäftigungsstellen zur Entlastung vom Aufwand für Unterkunft, Verpflegung und Arbeitskleidung der Dienstleistenden	+ 8	-6
17	04 684 41	Zuschüsse an Beschäftigungsstellen in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin (Ost) für die Anmietung von Dienstunterkünften für Zivildienstleistende	- 1	
17	10 681 01	Erziehungsgeld	+ 110	
17	10 681 15	Kindergeld für Berechtigte, die das Kindergeld von der Bundesanstalt für Arbeit – Kindergeldkasse – erhalten	- 8	
17	10 681 16	Kindergeldzuschlag für Berechtigte, die das Kindergeld von der Bundesanstalt für Arbeit – Kindergeldkasse – erhalten .	- 102	
		Sonstiges	+ 10	+0
		Summe Epl. 17	+ 292	-6
23	02 836 02	Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an Einrichtungen der Weltbankgruppe	+ 81	
23	02 836 04	Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Kapital der Afrikanischen Entwicklungsbank und am Afrikanischen Entwicklungsfonds	+ 36	
23	02 896 02	Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zu den „Europäischen Entwicklungsfonds“ der Europäischen Union (Abkommen von Lomé)	- 126	
		Sonstiges	+ 8	+0
		Summe Epl. 23	+ 0	+0
25	02 642 01	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	+ 300	
25	02 893 01	Prämien nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz	+ 180	
25	04 725 05	Baumaßnahmen für den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung im Parlamentsviertel in Berlin	- 35	-6
25	04 526 45	Planungskosten für Baumaßnahmen außerhalb des Parlamentsviertels	+ 35	
		Sonstiges	+ 0	+0
		Summe Epl. 25	+ 480	+0
32	05 575 01	Zinsen für Bundesanleihen	- 250	
32	05 575 02	Zinsen für Bundesschatzbriefe	- 80	
32	05 575 06	Diskont für unverzinsliche Schatzanweisungen	- 100	
32	05 575 09	Disagio auf Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzanweisungen und Darlehen	- 270	
32	08 870 01	Bedingungsgemäße Entschädigung aus Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, Zahlungen zur Abwendung oder Minderung von Schäden, Kosten der Gewährleistungen und Umschuldungen	+ 500	
32	09 629 21	Zuführungen an den Erblastentilgungsfonds für die Zahlung seiner Zins- und Tilgungsverpflichtungen	- 6 150	
		Sonstiges	+ 0	+0
		Summe Epl. 32	- 6 350	+0

(Veränderungen von mehr als 10 Mio. DM)			Veränderung	
EP	KP Titel	Zweckbestimmung	Ausgaben	Verpflichtungs- ermächtigung
60	02 972 04	Globale Minderausgabe	- 5 100	
60	03 625 01	Zinszuschüsse an das ERP-Sondervermögen für die Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen in den neuen Ländern (einschl. ehemaliges Ost-Berlin)	- 200	
		Sonstiges	+ 0	+0
		Summe Epl. 60	- 5 300	+0

Nachtrag zum Gesamtplan: Teil II

Finanzierungsübersicht		Bisheriger Betrag für 1997	Für 1997 treten hinzu	Neuer Betrag für 1997
		- 1000 DM -		
Ermittlung des Finanzierungssaldos				
1.	Ausgaben	439 900 000	+ 4 935 000	444 835 000
	(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags)			
2.	Einnahmen	386 480 000	-12 615 000	373 865 000
	(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Einnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen)			
3.	Finanzierungssaldo	- 53 420 000	-17 550 000	- 70 970 000
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos				
4.	Nettoneuverschuldung/Nettotilgung am Kreditmarkt			
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	244 360 000	+ 9 131 523	253 491 523
4.2	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	191 060 000	- 8 418 477	182 641 523
4.3	Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge ...	-	-	-
	Saldo	- 53 300 000	-17 550 000	- 70 850 000
5.	Marktpflege	.	.	.
6.	Nettoneuverschuldung insgesamt	- 53 300 000	-17 550 000	- 70 850 000
7.	Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen	-		-
8.	Rücklagenbewegung			
8.1	Entnahmen aus Rücklagen	-		-
8.2	Zuführungen an Rücklagen	-		-
9.	Münzeinnahmen	- 120 000	-	- 120 000
10.	Finanzierungssaldo	- 53 420 000	-17 550 000	- 70 970 000

Nachtrag zum Gesamtplan: Teil III

Kreditfinanzierungsübersicht	Bisheriger Betrag für 1997	Für 1997 treten hinzu	Neuer Betrag für 1997
	– 1 000 DM –		
1. Einnahmen			
1.1 aus Krediten am Kreditmarkt davon voraussichtlich mit folgenden Laufzeiten:			
1.1.1 mehr als vier Jahre	131 000 000	+ 9 131 523	140 131 523
1.1.2 ein bis vier Jahre	58 360 000	–	58 360 000
1.1.3 weniger als 1 Jahr	55 000 000	–	55 000 000
Summe 1	244 360 000	+ 9 131 523	253 491 523
2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt			
2.1 Tilgung von Schulden mit Laufzeiten von mehr als vier Jahren	(103 700 050)	(+ 389 203)	(104 089 253)
2.101 Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversi- cherungen	–	–	–
2.102 Bundesanleihen	32 000 000	–	32 000 000
2.103 Bundesschatzbriefe	11 933 645	– 610 729	11 322 916
2.104 Schuldbuchkredite	–	–	–
2.105 Schuldscheindarlehen	1 733 278	+ 1 000 000	2 733 278
2.106 Bundesschatzanweisungen	–	–	–
2.107 Bundesobligationen	58 000 000	– 112	57 999 888
2.108 Ausgleichsforderungen nach dem Umstellungsergän- zungsgesetz	–	–	–
2.109 Ablösungsschuld	–	–	–
2.110 Altsparerentschädigung	–	–	–
2.111 Bereinigte Auslandsschulden (Londoner Schuldenab- kommen)	2 898	+ 44	2 942
2.112 Auf Grund des Gesetzes zur näheren Regelung der Entschädigungsansprüche für Auslandsbonds (Aus- landsbonds-Entschädigungsgesetz)	–	–	–
2.113 Nachkriegsschulden für Verbindlichkeiten der Koka aus Anschlußgebieten	–	–	–
2.114 Ausgleichsforderungen und Rentenausgleichsforde- rungen zur Aufbesserung von Versicherungsleistungen	1	–	1
2.115 Wohnungsbauobligationen ehemaliger NVA-Wohnun- gen	20 828	–	20 828
2.116 Wohnungsbauobligationen der Westgruppe der GUS- Truppen	9 400	–	9 400
2.117 Ausgleichsforderungen der Deutschen Bundesbank aus der Währungsumstellung 1948 (Tilgungsbeginn im Jahr 2024 gemäß § 30 Haushaltsgesetz 1994)	–	–	–
2.2 Tilgung von Schulden mit Laufzeiten von einem bis zu vier Jahren	(30 071 590)	(– 2 920 963)	(27 150 627)
2.201 Bundesschatzanweisungen	18 000 000	–	18 000 000
2.202 Unverzinsliche Schatzanweisungen	391 945	–	391 945
2.203 Finanzierungsschätze des Bundes	6 109 645	– 470 963	5 638 682
2.204 Schuldscheindarlehen	5 570 000	– 2 450 000	3 120 000

Kreditfinanzierungsübersicht		Bisheriger Betrag für 1997	Für 1997 treten hinzu	Neuer Betrag für 1997
		– 1000 DM –		
2.3	Tilgung von Schulden mit Laufzeiten von weniger als einem Jahr	57 288 360	– 5 886 717	51 401 643
2.4	Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	–	–	–
	Summe 2	191 060 000	– 8 418 477	182 641 523
3.	Ausgaben zur Schuldentilgung insgesamt	191 060 000	– 8 418 477	182 641 523
4.	Marktpflege	.	.	.
5.	Zusammen	191 060 000	– 8 418 477	182 641 523
	Saldo aus 1. und 5. (im Haushaltsplan veranschlagte Nettoneuverschuldung)	53 300 000	+ 17 550 000	70 850 000

Bericht der Abgeordneten Adolf Roth (Gießen), Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen), Dietrich Austermann, Karl Diller und Kristin Heyne

I. Allgemeine Bemerkungen

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1997 (Nachtragshaushaltsgesetz 1997) in Drucksache 13/8199 am 9. September 1997 beim Deutschen Bundestag eingebracht.

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf in seiner 187. Sitzung am 9. September 1997 in erster Lesung dem Haushaltsausschuß gemäß § 95 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages überwiesen. Der Haushaltsausschuß hat die Beratung des Gesetzentwurfs in seiner 78. Sitzung am 24. September 1997 aufgenommen und nach weiterer Erörterung in seiner 87. Sitzung am 13. November 1997 abgeschlossen.

II. Inhalt der Vorlage

Die Einbringung des Nachtragshaushalts 1997 durch die Bundesregierung ist durch die wirtschaftliche Entwicklung und den daraus resultierenden Zusatzbelastungen seit Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 1997 erforderlich geworden.

Der Nachtragshaushalt dient primär dazu, die Zusatzbelastungen für den Bund aus der letzten Steuerschätzung in Höhe von rd. 6,7 Mrd. DM sowie die Teilverlagerung von 1997 auf 1998 der Erlöse aus der Privatisierung der Deutschen Telekom AG in einer Größenordnung von rd. 8 Mrd. DM zu etatisieren.

Diese Zusatzlasten werden wie folgt ausgeglichen:

- Entlastungen im Bereich Arbeitsmarktausgaben mit 4 Mrd. DM,
- Entlastungen im Bereich Schätzansätze und Privatisierungserlöse mit 2 Mrd. DM,
- Globale Minderausgabe mit 3 Mrd. DM,
- Herabsetzung der Bundeszuführung an den Erblastentilgungsfonds mit 6 Mrd. DM.

III. Stellungnahmen gutachtlich beteiligter Ausschüsse

11. Ausschuß (Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung)

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am Mittwoch, dem 29. Oktober 1997 zu der/den Vorlage(n) den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtragshaushalts zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1997 (Nachtragshaushaltsgesetz 1997) – Drucksache 13/8199 – beraten und gutachtlich mit den Stimmen der Mitglieder

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS die Annahme der Vorlage empfohlen.

18. Ausschuß (Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau)

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 1997 den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1997 (Nachtragshaushaltsgesetz 1997) – beraten und dem federführenden Haushaltsausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS gutachtlich vorgeschlagen, dem Deutschen Bundestag die Annahme der Vorlage zu empfehlen.

IV. Beratungen des Haushaltsausschusses

Stellungnahmen der Fraktionen und Gruppe

Die Koalitionsfraktionen wiesen im Verlauf der Ausschußberatungen darauf hin, trotz erheblicher Mehrbelastungen könne die restriktive Ausgabenlinie fortgesetzt werden; so werde der Gesamtplafond gegenüber dem Vorjahr um 2,4 v. H. abgesenkt. Hierdurch verringere sich der Anteil der Gesamtausgaben im Bundeshaushalt am Bruttoinlandsprodukt auf 12,2 v. H. Nicht zuletzt werde trotz weiter zurückgehender Steuern die Nettokreditaufnahme des Vorjahres deutlich um über 7 Mrd. DM unterschritten. Im Ergebnis könne somit der Maastricht-Zielwert beim Defizit 1997 knapp eingehalten werden.

Nach Ansicht der Koalitionsfraktionen fange das beschlossene Entlastungskonzept die Zusatzbelastungen vollständig auf.

Nicht zuletzt durch die am 31. Oktober 1997 verkündete haushaltswirtschaftliche Sperre sowie die beschlossene Globale Minderausgabe könnten Einsparungen in einer Größenordnung von ca. 3 Mrd. DM realisiert werden.

Die Einhaltung der Eckwerte 1997 werde ferner durch die geplante Herabsetzung der Bundeszuführung an den Erblastentilgungsfonds (ELF) in einer Größenordnung von rd. 6 Mrd. DM sichergestellt. Trotz der Absenkung verbleibe eine Nettotilgung 1997 beim ELF – auch ohne Berücksichtigung des Bundesbankgewinns – von deutlich über 4 Mrd. DM.

Mithin gelte das Konzept einer kontinuierlichen Rückführung der ELF-Schuldenlast mit dem Ziel der Tilgung innerhalb einer Generation weiterhin. Die

Alternative zur Rückführung – eine höhere Nettokreditaufnahme im Nachtragshaushalt zur Bedienung der Nettotilgung des ELF – würde zum gegenwärtigen Zeitpunkt die haushaltswirtschaftlich schlechtere Lösung darstellen.

Die Fraktion der SPD wertete die Vorgeschichte bis zur Aufstellung des Nachtragshaushalts 1997, den Entwurf selbst und insbesondere die Operationen zur Schließung des durch die jüngste Steuerschätzung aufgebrochenen Finanzierungsdefizits als Ausdruck der tiefen Krise der Finanzpolitik der Bundesregierung, ihrer Konzeptionslosigkeit und ihrer mangelnden Glaubwürdigkeit. Die Fraktion der SPD geißelte insbesondere die Beliebigkeit der Verschiebung eines großen Teils der geplanten Telekom-Veräußerungen auf 1998, um den Bundeshaushalt 1998 überhaupt ausgleichen zu können, und die statt dessen beschlossene Tilgungsaussetzung beim ELF. Diese Operation verschiebe nur Lasten auf künftige Jahre.

Die Fraktion der SPD vertrat die Auffassung, die Bundesregierung habe die Vorlage des Nachtragshaushalts über Monate bewußt verschleppt. Durch das Hinausschieben des Inkrafttretens bis zum Jahresende habe sie zu verantworten, daß nicht mit einem entsprechend gestalteten Nachtrag eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt habe eingeleitet und die Massenarbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden können. Schon bei der Verabschiedung des Haushalts 1997 im Herbst vorigen Jahres habe die Fraktion der SPD mit einem Entschließungsantrag festgestellt, daß die Arbeitsmarktkosten viel zu niedrig veranschlagt gewesen seien und deshalb ein Nachtrag unumgänglich werden würde. Sie erinnerte daran, daß die Bundesregierung damals offiziell eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 3,95 Millionen zugrunde gelegt habe, nun seien es 4,4 Millionen bei einem Wirtschaftswachstum von 2,5 v.H. Die Gegenüberstellung dieser Daten zeige, daß die damalige Annahme der Bundesregierung von der Realität entkoppelt gewesen sei. Spätestens mit der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts im Januar sei das Zahlengefüge der Bundesregierung auseinandergebrochen und das Erfordernis eines Nachtrags ganz offensichtlich gewesen. Gleichwohl habe die Bundesregierung leichtfertig noch ein halbes Jahr zugewartet.

Die Bundesregierung habe mit dem Entwurf des Nachtragshaushalts 1997 die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nach Artikel 115 GG eingestehen müssen, da die Nettokreditaufnahme jetzt mit 70,85 Mrd. DM um 17,55 Mrd. DM gegenüber dem ursprünglichen Soll habe angehoben werden müssen und damit weit über der Investitionssumme liege. Gleichwohl sei der Nachtragshaushalt 1997 nicht verfassungsgemäß, weil mit der über die Summe der Investitionen hinausgehenden Kreditaufnahme keine Politik finanziert werde, die – wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert – zur Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, d.h. in der konkreten Situation zur Senkung der Arbeitslosigkeit, geeignet erscheine.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machte deutlich, sie lehne den Entwurf zum Nachtragshaushalt 1997 ab.

Der Nachtragshaushalt dokumentiere nach ihrer Auffassung ebenso wie der Haushaltsentwurf 1998 das endgültige Scheitern der Regierungspolitik. Die Finanzlücke, die im Nachtragshaushalt geschlossen werden müsse, sei kein Zufall, sondern die Folge einer inkompetenten und unsoliden Finanzpolitik. Die nun notwendige Erhöhung der Ausgaben für den Arbeitsmarkt sei bereits beim Entwurf des Haushalts 1997 klar absehbar gewesen und hätte damals eingestellt werden müssen. Die langanhaltende Entwicklung am Arbeitsmarkt nun als Begründung für die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts heranzuziehen sei absurd.

Mit der jetzt geplanten Nettokreditaufnahme von 70,8 Mrd. DM würden die Investitionsausgaben weit überschritten. Damit werde eine Entwicklung des stetigen Rückgangs der staatlichen Investitionsausgaben verfestigt, die nachhaltig negative Konsequenzen für die Produktionsgrundlagen der Volkswirtschaft habe.

Für den Nachtragshaushalt würde nochmals tief in die „Finanztrickkiste“ gegriffen. Jetzt gebe es auch bereits für 1997 eine Tilgungsaussetzung beim ELF und ein Teil der Erlöse aus der Deutschen Telekom-AG-Transaktion könne deswegen nun doch in 1998 gebucht werden. Eine nachhaltige Konsolidierung sei mit solchen Maßnahmen nicht zu erreichen, statt dessen sollten sie über die gravierenden Strukturprobleme hinwegtäuschen.

Nach Auffassung der Gruppe der PDS leiste der Entwurf des Nachtragshaushalts 1997 keinen Beitrag zur wirksamen Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, da in ihm nur das nachvollzogen werde, was die Opposition bereits bei der Beratung des Bundeshaushalts 1997 Ende letzten Jahres – eine realistische Etatisierung der Arbeitsmarktausgaben – gefordert habe.

Besonders kritisierte die Gruppe der PDS, daß im Haushaltsvollzug die für die neuen Länder im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe der „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ eingestellten Mittel faktisch verringert würden. Damit könnten weitere Arbeitsplätze gefährdet und Investoren verunsichert werden.

Ungeachtet drastischer Kürzungen bei Sozialleistungen und im Bereich ziviler öffentlicher Investitionen enthalte der Bundeshaushalt 1997 weiterhin im Milliardenumfang Mittel, insbesondere im Bereich für die Entwicklung und den Erwerb neuer Waffensysteme für die Bundeswehr und für den Berlin-Umzug von Regierung und Parlament, deren „verschwendetischer“ Charakter auch vom Bundesrechnungshof bemängelt würde.

Die Gruppe der PDS sah insgesamt den notwendigen Weg zur Haushaltssanierung in einer beschäftigungsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, um örtlichen Sachverstand zur Lösung des Kardinalproblems, der Gesellschaft, der Massenarbeitslosigkeit zur Geltung bringen zu können. Die notwendigen Mittel für diese drängenden Aufgaben könnten

durch das Stopfen von Steuerschlupflöchern, energische Maßnahmen zur Beendigung der Verschwendung öffentlicher Gelder sowie Nachforderungen des Bundes gegenüber privaten Kreditinstituten, die die Geschäftsanteile der DDR-Banken zu einem niedrigen Preis erworben hätten, erschlossen werden.

Der Haushaltsausschuß ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS dem Regierungsentwurf und den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Änderungen zum Nachtragshaushalt 1997 gefolgt.

1. Die Gesamtausgaben des Bundes steigen im laufenden Haushaltsjahr unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Haushaltsausschusses gegen-

über den bisherigen Sollansätzen um 4,935 Mrd. DM auf 444,385 Mrd. DM.

2. Die Nettokreditaufnahme zum Ausgleich des Finanzierungssaldos steigt gegenüber der Regierungsvorlage zusätzlich um 17,55 Mrd. DM und erhöht sich im Ergebnis für das gesamte Haushaltsjahr auf 70,85 Mrd. DM.

V. Finanzielle Ergebnisse

Das finanzielle Ergebnis der Beratungen im Haushaltsausschuß ist mit den Veränderungen gegenüber der Regierungsvorlage aufgrund der Beschlüsse des Ausschusses in der Gesamtübersicht und tabellarisch nach Einnahmen und Ausgaben sowie nach Einzelplänen geordnet aufgeführt.

Bonn, den 13. November 1997

Adolf Roth (Gießen)

Berichterstatter

Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

Berichterstatter

Karl Diller

Berichterstatter

Kristin Heyne

Berichterstatte^rin

Dietrich Austermann

Berichterstatter

